

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
19.08.2013
Ausschussbetreuender Fachbereich
Umwelt und Technik
Schriftführung
Sebastian Höller
Telefon-Nr.
02202-141382

Niederschrift

Infrastrukturausschuss
Sitzung am Mittwoch, 26.06.2013

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:58 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 24.04.2013 - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Infrastrukturausschuss am 24.04.2013 - öffentlicher Teil**
0314/2013
- 4 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**

- 5** **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6** **Sammelmaßnahmenbeschluss für verschiedene immer wiederkehrende Maßnahmen
des Abwasserwerkes**
0312/2013

- 7** **Baubeginn der Kanalbaumaßnahmen Friedrich-Offermann-Straße, 1. BA und Am
Stadion/Buchholzstraße**
0269/2013

- 8** **Dach- und Teilfassadensanierung der Verwaltung der Wilhelm-Wagener-Schule**
0320/2013

- 9** **Zielvereinbarung nach § 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW**
0262/2013

- 10** **Hochwasserereignis 20.06.2013**

- 11** **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Infrastrukturausschusses, Herr Rolf-Dieter Schacht, eröffnet um 17:03 Uhr die 20. Sitzung des Infrastrukturausschusses in der achten Wahlperiode und stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgte und der Ausschuss beschlussfähig ist. Die Teilnehmer ergeben sich aus dem als Anlage beigefügten Verzeichnis.

Aufgrund des Hochwasserereignisses am 20.06.2013 soll dieses als Tagesordnungspunkt thematisiert werden. Da zum Tagesordnungspunkt 10 keine Anträge eingegangen sind, besteht Einvernehmen das Thema anstelle dieses Punktes zu behandeln.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 24.04.2013 - öffentlicher Teil -

Herr Komenda möchte wissen, inwieweit der getroffene Beschluss zum Abwasserbeseitigungskonzept eine rechtliche Verbindlichkeit besitzt und ob sich das Abwasserwerk bereits darauf beziehen könne oder eine Genehmigung abzuwarten sei.

Herr Schmickler erläutert, dass es keinen förmlichen Genehmigungsakt gebe. Nach der Einreichung des ABK bei der Bezirksregierung habe diese ein halbes Jahr Zeit zur Prüfung und die Gelegenheit, dem vorgelegten Konzept zu widersprechen. Sollten in dieser Zeit Mängel aufgezeigt werden, müsste die Stadt dann reagieren.

Herr Kamp merkt an, dass die angeforderten Bodengutachten zum Betriebshof Obereschbach bisher nicht zur Verfügung gestellt wurden.

Der Infrastrukturausschuss genehmigt einstimmig den nichtöffentlichen Teil der Niederschriften der Sitzungen am 24.04.2013.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Infrastrukturausschuss am 24.04.2013 - öffentlicher Teil 0314/2013

Herr Ebert möchte zu TOP 12 wissen, ob aufgrund der engen Personalkapazitäten auch eine zeitliche Verzögerung der Schulsanierungen zu erwarten ist.

Herr Schmickler erklärt, dass aufgrund der aktuell vielen großen Projekten und der bekannten personellen Engpässe beim Fachbereich 8 nicht alles zeitnah bearbeitet werden kann. Allerdings werde zurzeit an vielen offenen Punkten gearbeitet, so dass die Projekte also weiter bearbeitet werden. Bezüglich der Standortsuche für den Recyclinghof sei man z.B. sehr aktiv. Ohne diesen Ersatzstandort könnten die anderen Planungen nicht voran schreiten.

Aufgrund der begrenzten Arbeitskapazität im Fachbereich 8 werde zudem hausintern zurzeit eine Änderung der Projektbetreuung für den Betriebshof entwickelt, die hier Entlastung geben soll.

Herr Martmann ergänzt, dass die Prioritäten zurzeit bei den großen Schulsanierungen liegen würden und man dort im Plan liege.

Herr Henkel möchte diesbezüglich wissen, wann eine Beauftragung erfolgen werde.

Herr Schmickler erklärt, dass eine europaweite Ausschreibung erforderlich sei mit entsprechendem Zeitbedarf. Eine Zeitschiene hierzu wird schriftlich nachgereicht.

Herr Henkel möchte wissen, ob die an die Bezirksregierung übergebenen Unterlagen zum Abwasserbeseitigungskonzept mit denen identisch seien, welche den Ausschussmitgliedern vorliegen würden.

Herr Hämmerling erläutert, dass das der Bezirksregierung vorgelegte Konzept aufgrund bestehender formeller Vorgaben zur Aufstellung eines ABK eine andere Struktur habe. Inhaltlich gebe es jedoch keine Änderungen. Den Fraktionen sei aber bereits eine Kopie der eingereichten Unterlagen übergeben worden.

Herr Ebert möchte wissen, ob aufgrund der Personalsituation zurzeit überhaupt noch die Möglichkeit bestehe, neue Projekte anzuschieben, z.B. den möglichen Neubau eines Verwaltungsgebäudes. Er bittet darum, in der nächsten Sitzung erneut über den Planungsstand zum Betriebshof Obereschbach zu berichten.

Herr Schmickler erläutert, dass die Planung eines Verwaltungsneubaus nicht einfach sei und personelle Kapazitäten benötige. Aufgrund der äußerst desolaten Gebäudesituation muss im Rahmen der Möglichkeiten jedoch dringend daran gearbeitet werden; zudem erforderten auch die laufenden Reparaturen viel und häufigen Personaleinsatz.

Der Infrastrukturausschuss nimmt den Durchführungsbericht zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

Es lagen keine Mitteilungen vor.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Schmickler informiert über geplante Baumaßnahmen mit Auswirkungen auf den Verkehr. An mehreren Stellen im Stadtgebiet sind Kanalschachtsanierungen erforderlich. Da verkehrsrelevante Straßen betroffen sind, werden die Arbeiten, wie schon in der Vergangenheit praktiziert, in den Zeitraum der Schulferien oder als Nacharbeiten durchgeführt. Betroffen sind:

Odenthaler Straße - mit einspuriger Verkehrsführung vom 24.06. – 31.07.2013

Dolmanstraße - mit meist zweispuriger Verkehrsführung vom 19.06. – 31.10.2013

Refrather Weg - zwei Wochen in den Sommerferien

Ommerbornstraße – Tagarbeiten mit Lichtsignalanlage während der Sommerferien

6. **Sammelmaßnahmenbeschluss für verschiedene immer wiederkehrende Maßnahmen des Abwasserwerkes**
0312/2013

Herr Dr. Winzen führt an, dass die dargestellten Maßnahmen mit einem Volumen von ca. 4,5 Millionen Euro regelmäßig Bestandteil im Vergabeausschuss seien. Im Infrastrukturausschuss, als zuständigen Fachausschuss seien jedoch in der Vergangenheit noch keine derartigen Maßnahmenbeschlüsse getroffen worden. Er möchte wissen, ob dies bisher rechtlich korrekt gehandhabt worden sei.

Herr Schmickler erklärt, dass dies bisher weder in der Bauverwaltung, noch im RPA und in der Politik aufgefallen sei. Es sei eigentlich aber auch nicht Sinn und Zweck der Maßnahmenbeschlüsse, solche wiederkehrenden Aufwendungen abzudecken. Wenn man jedoch die Vorgaben wortgetreu ausführen wolle, müsse man auch für die wiederkehrenden Maßnahmen einen Beschluss fassen. Sollte der Ausschuss die Notwendigkeit nicht sehen, so könne man die vom Rat gesetzten Vorgaben zu den Maßnahmenbeschlüssen evtl. für die Zukunft anpassen. Da es sich bei den Regelungen zu den Maßnahmenbeschlüssen um eine interne städtische Regelung handele, sei man aber auch in der Vergangenheit rechtlich sicher gewesen.

Herr Dr. Steffen empfindet die vier Jahre Vertragslaufzeit aufgrund möglicher Preisänderungen zu lang.

Herr Hämmerling erläutert, dass in Abstimmung mit dem RPA alle Verträge eine jährliche Kündigungsklausel enthielten, mit dem der Vertrag nach einer dreimonatigen Frist aufgekündigt werden könne.

Herr Wagner bittet im Hinblick auf die veranschlagten Kosten für die TV-Kanaluntersuchung in Höhe von 150.000 € um eine Übersicht der entstandenen Kosten und geleisteten Arbeitsstunden externer Dienstleister in den letzten 10 Jahren. Es wäre bei den wiederkehrenden Arbeiten und Kosten zu überlegen, ob die Stadt diese Arbeiten nicht in Eigenregie durchführen könne.

Herr Hämmerling sagt eine schriftliche Mitteilung der Kostenübersicht aus den letzten Jahren zu.

Herr Henkel bittet diesbezüglich darum, zukünftig die Vergabekosten noch zu ergänzen.

Herr Krell möchte wissen, ob die angenommene Preissteigerung von 2,5 % pro Jahr realistisch sei und inwieweit die einzelnen Maßnahmen ausgeschrieben worden sind.

Herr Hämmerling erläutert, dass die Maßnahmen EU-weit ausgeschrieben werden müssen. Aufgrund EU-Rechts müsste eine solche Preisgleitklausel in den Verträgen vorgesehen werden.

Der Infrastrukturausschuss beschließt mehrheitlich, bei einer Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE/BfBB, dem Beschlussvorschlag zu folgen.

Der Infrastrukturausschuss beschließt die Einzelmaßnahmen des Abwasserwerkes im Rahmen eines „Sammelmaßnahmenbeschlusses“ auf der Grundlage der vorgelegten Kostenschätzung.

7. **Baubeginn der Kanalbaumaßnahmen Friedrich-Offermann-Straße, 1. BA und Am Stadion/Buchholzstraße**
0269/2013

Herr Dr. Winzen möchte vor dem Hintergrund des Starkregenereignisses am 20.06.2013 wissen, was die Maßnahme Friedrich-Offermann-Straße an Hochwasserschutz bringe und wie die Kostenverteilung zwischen Gewässergüte und Hochwasserschutz aussehe.

Herr Hämmerling erläutert, dass das neu zu errichtende Regenrückhaltebecken eine ökologische Funktion habe, um die Wasserqualität aufgrund der EU-Wasserrahmenrichtlinie zu gewährleisten. Der Überflutungsschutz stehe aufgrund dieser Funktionalität nicht im Vordergrund. Die Kosten fallen daher für die Gewässergüte an.

Herr Dr. Winzen bemängelt vor dem Eindruck des Hochwasserereignisses und den zurückliegenden Beratungen zum ABK, dass die Stadt in den nächsten Jahren immense Ausgaben zur Gewässergüte tätigen würde und den Hochwasserschutz vernachlässige. Dies sei dem Bürger, der unter dem Eindruck der Ereignisse stehe, schwer zu vermitteln. Zumal er nicht verstehe, wie der Bürgermeister bereits von einem Jahrhundertregen sprechen könne. Vor dem Hintergrund des Klimawandels bestehe die Gefahr, dass solche Ereignisse regelmäßiger eintreten könnten.

Herr Schmickler erläutert, dass die Bezeichnung Jahrhundertregen ein statistischer Begriff aus der Meteorologie und der Wasserwirtschaft sei und nicht historisch zu verstehen ist. Bei den zurückliegenden Diskussionen um das ABK und die Gebührenentwicklung war der politische Tenor, die Investitionen zu senken. Gerade von Seiten der SPD sei immer gefordert worden, die Gelder lieber in die Schulen zu investieren. Die Prioritäten der Stadt ergeben sich zudem hauptsächlich aus den Vorgaben des Landes NRW. In der rot-grünen Landesregierung plane man zurzeit sogar, den Kommunen die Beseitigung von Spurenstoffen in der Kläranlage aufzuerlegen. Dieser zusätzliche Aufwand würde die Schmutzwassergebühren um bis zu 0,50 € pro m³ ansteigen lassen. Das Investitionsprogramm des zu 90% von der Stadt finanzierten Strundeverbands zeige zudem, dass der Hochwasserschutz sehr wohl eine große Rolle spiele.

Herr Metzen erklärt, dass der Strundeverband allein für den Bereich Innenstadt in den kommenden Jahren 16 Mio. Euro für den Hochwasserschutz investiere. Die Maßnahmen würden zu 60% aus Landesmitteln gefördert. Zur Einordnung des Regenereignisses könne die Stadt auf drei sogenannte Regenschreiber zurückgreifen. Die Standorte sind Rathaus Bensberg, am Hochwasserrückhaltebecken Hebborn und an der Kläranlage Beningsfeld. Die Aufzeichnungen waren statistisch gemäß dem KOSTRA-Atlas des Deutschen Wetterdienstes so einzuordnen, dass am Hebborner Hof ein Hundertjähriges Regenereignis mit etwa 51 l/m² in 45 Minuten verzeichnet wurde. In Bensberg wurden 45 l/m² in 55 Minuten, was einem 30-jährlichem Regenereignis entspricht, gemessen. Zu unterscheiden sei jedoch, was diese Zahlen als Abflussereignis bedeuten, da dies nicht mit dem Regenereignis gleichzusetzen sei. Aufgrund der zeitweise extrem hohen Regenspitzen wurde eine große Abflusswelle verursacht. Die Ergebnisse müssten nun ausgewertet und in neue Computermodelle umgeformt werden.

Die Hochwassergefahrenkarten wurden durch die Bezirksregierung mittlerweile fertig gestellt und werden demnächst veröffentlicht und gehen damit in die vorläufige Sicherung. Dies bedeutet, dass die Hochwassergefahrenpunkte, die Überschwemmungsgebiete damit rechtsverbindlich gesichert werden. Neben den gemeinsamen Überlegung von Abwasserwerk und Feuerwehr zur Hochwasserbekämpfung seien aber auch die jeweiligen Eigentümer zur Sicherung ihres Eigentums verantwortlich.

Herr Henkel möchte bezüglich der Maßnahme Friedrich-Offermann-Straße und dem geplanten Baubeginn im Januar 2014 wissen, ob ein Start der Arbeiten in der Winterperiode sinnvoll sei.

Herr Schmickler erklärt, dass bei solch großen Maßnahmen es nicht vermeidbar sei, in die Winterzeit zu geraten. Es gebe aber genügend witterungsunabhängige Arbeiten, so dass ein früher Start unkritisch sei.

Herr Kamp führt an, dass aufgrund der Ereignisse nun auch für die Bürger sichtbare Konsequenzen gezogen werden müssten. So sollte man bei der aktuellen Maßnahme Friedrich-Offermann-Straße prüfen, ob nicht der im Gebiet liegende Teich mit zum Hochwasserschutz genutzt werden könne. Anstelle der eher aufgrund verkehrlicher Maßgaben geplanten Maßnahme Buchholzstraße solle eine dem Hochwasserschutz dienende Maßnahme vorgezogen werden.

Herr Metzten erklärt, dass der von Herrn Kamp aufgeführte Teich als „Hochwasserrückhaltebecken Sonnenwinkel“ bereits dem Hochwasserschutz diene.

Herr Santillán bittet um eine Übersicht über die geplanten und zurückliegenden Investitionen mit der Differenzierung zwischen Gewässerschutz und Hochwasserschutz. Es würde zudem nicht ausreichen, einfach nur Kanäle zu bauen, da man damit das Wasser nur punktuell ableiten würde und es an anderer Stelle wieder zu Problemen führe. Hier müsste kreativer gedacht werden, z.B. durch Öffnung von Bächen, Wiederherstellung von natürlichen Wasserläufen usw. Bezüglich der von Herrn Metzten aufgeführten Statistiken möchte er wissen, ob diese für jedermann zugänglich seien. Zudem möchte er mehr Hintergründe zu den Hochwassergefahrenkarten haben.

Herr Metzen bejaht dies. Die Unterlagen könnten über die Gewässerabteilung im Rathaus Bensberg bei ihm angefordert werden. Zu den Hochwassergefahrenkarten sei zu sagen, dass dort Hochwassergebiete ausgewiesen würden, die mittels Computersimulation von Niederschlagsabflüssen ermittelt werden. Nach Veröffentlichung und Eingang der Stellungnahmen aller Beteiligten (Kreise, Kommunen, Anlieger u.a.) würden Überschwemmungsgebiete gemäß dem Wasserhaushaltsgesetz festgesetzt. In diesen Gebieten gebe es dann bestimmte Restriktionen z.B. im Hinblick auf die Bebaubarkeit. Über die Veröffentlichung wird demnächst eine umfassende Bürger- und Presseinformation erfolgen. Gleichzeitig informiere auch die Bezirksregierung über die Maßnahmen.

Frau Reudenbach bittet darum, während der Baumaßnahme Buchholzstraße die Bushaltestelle auf der Mühlheimer Straße in Höhe der Kirche weiter in Richtung Bahndamm zu verlegen.

Herr Hämmerling erklärt, dass die Wupsi an den Planungen beteiligt war und man gemeinsam auch mit der Straßenverkehrsbehörde nach Abwägung aller Fakten die Entscheidung getroffen habe, die Haltestelle dort zu belassen. Im nächsten AUKV sei die Thematik ebenfalls auf der Tagesordnung, so dass die Frage dort auch mit dem FB 3 erörtert werden könne.

Herr Außendorf möchte wissen, ob das bei der Maßnahme Friedrich-Offermann-Straße geplante Regenklärbecken nicht bei einem Regenereignis auch eine Drosselfunktion wahrnimmt.

Herr Hämmerling erläutert, dass die Anlage für normale Regenereignisse auch eine Drosselung der Abflussmenge durchführt. Um das zurückliegende Starkregenereignis zu händeln müssten solche Anlagen jedoch wesentlich größere Dimensionen und eine aufwändigere Technik besitzen.

Herr Komenda beantragt, über beide Kanalbaumaßnahmen getrennt abzustimmen.

Der Infrastrukturausschuss beschließt mehrheitlich, bei einer Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE/BfBB, dem Beschlussvorschlag zu folgen.

Der Ausschuss stimmt dem geplanten Baubeginn bezüglich der Kanalbaumaßnahme Friedrich-Offermann-Straße (RÜB/RRB/MW-Kanäle), 1. Bauabschnitt, RRB, ABK-Nr.: 01.02.31, gepl. Baubeginn 13.01.2014 auf Grundlage der nachfolgenden Erläuterung zu.

Der Infrastrukturausschuss beschließt mehrheitlich, bei einer Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE/BfBB und vier Gegenstimmen der SPD-Fraktion, dem Beschlussvorschlag zu folgen.

Der Ausschuss stimmt dem geplanten Baubeginn bezüglich der Kanalbaumaßnahme Am Stadion/Buchholzstr. RKB/RRB A 120 und RW-Kanal, ABK-Nr.: 01.02.208, gepl. Baubeginn 31.03.2014 auf Grundlage der nachfolgenden Erläuterung zu.

**8. Dach- und Teilfassadensanierung der Verwaltung der Wilhelm-Wagener-Schule
0320/2013**

Herr Santillán möchte wissen, inwieweit Gewährleistungsmängel bei solchen Maßnahmen nachgehalten werden.

Herr Möltgen erklärt, dass es nach VOB 4 Jahre Gewährleistung auf Handwerksleistungen gebe. Im Rahmen der regelmäßigen Begehungen werden Mängel und ggfs. Gewährleistungsfälle in Eigenregie geprüft.

Herr Kamp möchte wissen, ob die Fenster der Schule ebenfalls zur Sanierung anstünden. Vor Jahren wäre zudem überlegt worden, die Förderschule dem Kreis zu übertragen. Diesbezüglich möchte er den aktuellen Sachstand wissen.

Herr Martmann erklärt, dass diese Diskussion nicht mehr aktuell sei und die Schule mit tendenziell sinkenden Schülerzahlen in der Verantwortung der Stadt verbleibe. Die Sanierung des Gebäudes wird sukzessive in den nächsten Jahren fortgeführt.

Der Infrastrukturausschuss beschließt einstimmig, dem Beschlussvorschlag zu folgen.

Der Infrastrukturausschuss beschließt die Dach- und Teilfassadensanierung der Verwaltung der Wilhelm-Wagener-Schule in der Fassung der Vorlage.

**9. Zielvereinbarung nach § 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW
0262/2013**

Herr Ebert bemängelt, dass die in § 3 Nr. 3 der Zielvereinbarung aufgeführte Liste nicht Teil der Vorlage war.

Herr Schmickler erklärt, dass bisher mit dem Einbau eines Aufzugs in das Rathaus Stadtmitte nur ein Punkt auf dieser Liste stünde und sie daher nicht extra beigefügt wurde.

Herr Santillán kritisiert die Formulierungen zum § 4 zur Nichterfüllung, da diese den Beirat benachteiligen und die Stadt bevorzugen würde. Im § 6 Nr. 3 würden dem Beirat hingegen Pflichten

aufgelegt, die Stadt verpflichte sich jedoch zu nichts. Die Zielvereinbarung finde daher nicht seine Zustimmung und die seiner Fraktion.

Herr Schmickler erläutert, dass seit 2007 bereits eine wortgleiche Zielvereinbarung bestehe und man diese stets positiv „gelebt“ habe. Die Verwaltung habe im Rahmen der Möglichkeiten auf Augenhöhe mit dem Beirat gearbeitet. Es habe in dieser Zeit nie ein Problem gegeben und es konnte alles gemeinschaftlich geregelt werden. Wenn die Mitglieder des Beirates eine andere Formulierung wünschten, so könne gerne über eine solche gesprochen werden.

Herr Kamp möchte wissen, ob der Beirat aus dieser Zielvereinbarung Rechtsansprüche gegen die Stadt herleiten könne.

Herr Schmickler erklärt, dass es sich um eine „vorbeugende Regelung“ für den Fall handle, dass die gemeinschaftliche Zusammenarbeit zwischen Stadt und Beirat nicht mehr funktioniere. In der Vereinbarung stecke eine Selbstverpflichtung des Rates 50.000 € jährlich für die vom Beirat gewünschten Projekte zur Verfügung zu stellen.

Der Infrastrukturausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE/BfBB, dem Beschlussvorschlag zu folgen.

Der beigefügten Zielvereinbarung nach § 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW zwischen dem Inklusionsbeirat - Beirat für Menschen mit Behinderung der Stadt Bergisch Gladbach und der Stadt Bergisch Gladbach wird zugestimmt.

10. Hochwasserereignis 20.06.2013

Die von der Stadt veröffentlichte Pressemitteilung zum Hochwasserereignis am 20.06.2013 wird als Tischvorlage verteilt und ist der Niederschrift als Anlage beigefügt. Der Niederschrift wird ebenfalls ein Auszug aus der Einsatzstatistik der Feuerwehr beigefügt, aus dem ersichtlich ist, wo und welche Schäden aufgetreten sind.

Um dem Ausschuss einen Zusammenhang über technische Hintergründe, Kompetenzen und Zuständigkeiten während solcher Ereignisse zu geben, wird der Ablauf und die Beseitigung des Hochwasserereignisses vom 20.06.2013 aus Sicht des Abwasserwerks und der Feuerwehr dargestellt.

Herr Hämmerling skizziert den zeitlichen Ablauf und die Maßnahmen des Abwasserwerks.

Herr Metzten ergänzt diese Ausführungen aus Gewässersicht und der Unterhaltung.

Herr Huppertz erläutert die Einsatzlage und die Schadensbilder aus Sicht der Feuerwehr.

Die wichtigsten Hintergründe ergeben sich aus der als Anlage beigefügten Pressemitteilung.

Herr Schneeloch ergänzt, dass der Abfallwirtschaftsbetrieb zusätzliche Fahrzeuge für die Sperrmüllabfuhr in den betroffenen Bereichen bereitgestellt habe.

Alle Fraktionen bedanken sich bei den Einsatzkräften und Helfern und sprechen ihr Mitgefühl mit den betroffenen Bürgern aus. Zudem wird bedauert, dass durch schlecht recherchierte Presseberichte und Kommentare ein falsches Bild der Lage in der Öffentlichkeit dargestellt wurde.

Herr Henkel führt an, dass die Kräfte des Abwasserwerks von der Kläranlage bis zur Odenthaler Straße eine halbe Stunde unterwegs waren und möchte wissen, ob man über eine Ausstattung der Fahrzeuge mit Blaulicht für Sonderrechte nachdenken könne. Des Weiteren möchte er wissen, ob

zusätzliche Investitionen für die Eigensicherung von Einsatzkräften erforderlich seien und wie viel Tonnen an Schwemmgut insgesamt angefallen sei.

Herr Hämmerling erläutert dass im Hinblick auf Einsatzfahrten des Abwasserwerks eine Kooperation mit der Feuerwehr angedacht werde. Über die rechtliche Zulässigkeit eines Blaulichts zur Erlangung von Sonderrechten für Dienstfahrzeuge des Abwasserwerks müsste der FB 3 eine Aussage treffen. Für die Eigensicherung der Mitarbeiter ist entsprechendes und ausreichendes Material vorhanden. Das angefallene Schwemmgut ist noch nicht abgefahren, so dass die Gesamttonnage noch nicht bekannt ist.

Herr Komenda möchte wissen, ob es nicht sinnvoller wäre, bei solch angekündigten Lagen die Einsatzfahrzeuge nicht vorher zu entsenden und in der Stadt verteilt zu positionieren, da die Kläranlage doch etwas abseits liege.

Herr Hämmerling erläutert, dass bei solchen Regenereignissen nicht alle Stadtteile gleich betroffen werden und man im Vorfeld nicht absehen könne, in welchen Bereichen der Stadt die meisten Niederschläge anfallen. Da man nicht ausreichend Mitarbeiter für eine flächendeckende Absicherung habe, müsse man je nach Lage reagieren und die Fahrzeuge entsenden.

Herr Kamp bittet darum dass die aus den zurückliegenden Ereignissen gezogenen Konsequenzen und Maßnahmen im Ausschuss präsentiert werden.

Herr Santillán möchte wissen, ob das Gerücht stimme, dass das Werk mreal Zanders seit geraumer Zeit weniger Grundwasser für die Produktion hochpumpe und daher der Grundwasserspiegel wieder angestiegen sei und somit das Hochwasser im Innenstadtbereich verschlimmert habe.

Herr Schmickler erläutert, dass der Grundwasserspiegel in der Stadtmitte und am Oberlauf des Strunder Bachs durch die großen Wasserentnahmestellen der Firma mreal Zanders beeinflusst wird. Wenn der Grundwasserspiegel natürlich wäre, würde er höher liegen. Ein höherer Grundwasserspiegel könne Feuchtigkeitsprobleme in Gebäuden verursachen. Aufgrund der sinkenden Produktion würde auch weniger Wasser in der Fertigung benötigt. Im unmittelbaren Innenstadtbereich seien jedoch nach seinem Kenntnisstand noch alle Brunnenanlagen in Betrieb. Man sei zu dieser Thematik mit allen Beteiligten im Gespräch. Problematisch sei jedoch, dass die Behörden, die vor Jahrzehnten bzw. teils vor über hundert Jahren die Wasserentnahme erlaubt haben nie geregelt hätten, wie bei einem Abschalten der Pumpen zu verfahren sei. Unmittelbare Auswirkungen auf die Hochwassersituation seien jedoch zu verneinen.

Herr Krell verlässt um 19:30 Uhr die Sitzung.

Herr Außendorf möchte wissen, wann die bereits geplante Hochwasserschutztrasse für die Strunde fertig gestellt wird und ob nach Umsetzung aller bekannten und geplanten Hochwasserschutzmaßnahmen die Innenstadt dann bei vergleichbaren Ereignissen trocken bleibt.

Herr Metzen erläutert, dass beim Hochwasserschutzkonzept Strunde/Innenstadt stark an der Umsetzung gearbeitet werde. Zurzeit optimiere man noch an die geplante Verkehrsführung während der Bauzeit. Man müsse bedenken, dass die Dimensionierung des Rohrs vergleichbar mit einem U-Bahn-Tunnel sei und auch beim Bau entsprechende Eingriffe in den Verkehrsraum erforderlich würden. Auf das Genehmigungsverfahren der Maßnahme musste leider sehr lange gewartet werden. Erst im Juni 2012 sei der Planfeststellungsbeschluss eingegangen. Bei der Bezirksregierung liege seit Anfang 2013 der Förderantrag. Ohne die Förderzusage dürfe jedoch kein Auftrag vergeben werden. Mit einem Baubeginn wird spätestens Mitte 2014 gerechnet, die

Bauzeit der verschiedenen Maßnahmen liege bei ca. 2 Jahren. Ab ca. 2016-2019 würden dann noch Arbeiten in der Buchmühle stattfinden.

Selbst nach Umsetzung aller Maßnahmen könne es jedoch nie einen absoluten Hochwasserschutz geben, da sich nicht alle Regenereignisse berechnen und beherrschen lassen könnten.

Herr Dr. Steffen regt an, bei der Stadt für solche Notereignisse eine Anlaufstelle zu schaffen, die für Hochwassergeschädigte unkomplizierte Hilfen anbieten könne. Er möchte zudem wissen, für welche Niederschlagsmengen das Kanalnetz ausgelegt sei.

Herr Hämmerling erklärt, dass ein normaler Kanal für ein 5-jährliches Niederschlagsereignis ausgelegt sei.

Herr Henkel führt an, dass nach § 14 der Zuständigkeitsordnung des Rates der AUKV für Gewässerbaumaßnahmen zuständig sei. Er möchte wissen, ob es ein Konstruktionsfehler des Rates sei, dass die Gewässerbaumaßnahmen in einem anderen Ausschuss angesiedelt würden, als der für das Abwasserwerk zuständige ISA und ob die Verwaltung eine Änderung anregen würde.

Herr Schmickler erklärt, dass dies eine gute Anregung für die Neuverteilung der Zuständigkeiten nach der nächsten Kommunalwahl sei und man dies im Auge behalten solle.

Herr Ebert verlässt um 19:50 Uhr die Sitzung.

11. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Kamp weist darauf, dass das Sandfangbecken am Kahnweiher in Refrath bis oben gefüllt sei und möchte wissen, ob dies regelmäßig geleert werde. Des Weiteren seien bei der Brücke über den Traßbach in Kippekausen einige Holzplanken marode, so dass diese ausgetauscht werden müssten. Er regt an, dass das Abwasserwerk interessierten Bürgern Informationen zur Regenwassersammlung- und Verrieselung zur Verfügung stellt.

Herr Schmickler erläutert, dass die Sanierung einer Brücke und der Neubau einer anderen Brücke dort für 2014 vorgesehen sind.

Herr Hämmerling erklärt, dass der Sandfang am Kahnweiher durch die Kanalunterhaltung regelmäßig entleert werde. Er gibt die aktuelle Information entsprechend weiter. Eine Beratung zu Zisternen o.ä. wird den Grundstückseigentümern bei Bedarf bereits durch das Abwasserwerk zur Verfügung gestellt.

Der öffentliche Teil der Sitzung endete um 19:55 Uhr

gez. Rolf-Dieter Schacht
Ausschussvorsitzender

gez. Sebastian Höller
Schriftführung

